

Beschluss Zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer stärken und Verantwortung für eine menschenwürdige Asylpolitik übernehmen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung, des Bundestages und der EU dafür ein,
2 dass die
3 Bekenntnisse des Koalitionsvertrages zur zivilen Seenotrettung noch in diesem Jahr
4 konkretisiert werden und die zivile Seenotrettung im Mittelmeer substantielle
5 Unterstützung
6 erfährt. Das bedeutet für uns konkret:
7
8 Wir werden dafür eintreten, dass der bestehende Solidaritätsmechanismus
9 weiterentwickelt
10 wird. Bisher scheitert die Umsetzung an bürokratischen Hürden, die dazu führen, dass
11 eine
12 schnelle Umverteilung und Solidarität unter den Mitgliedsstaaten verhindert wird.
13 Außerdem
14 sind die Zusagen bislang völlig unzureichend.
15
16 Deswegen wollen wir mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-Mechanismus
17 weiterentwickeln,
18 damit eine schnelle Registrierung und Zugang zu Asylverfahren in den EU-Staaten
19 sichergestellt wird und überfüllte Lager an den Außengrenzen vermieden werden. Wir
20 wollen
21 einen Mechanismus, der verlässlich und schnell eine Umverteilung ermöglicht und
22 damit die
23 europäische Solidarität stärkt. Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die
24 Zulässigkeitsprüfungen, eine systematische Inhaftierung von Asylsuchenden und eine
Nichteinreisefiktion vorsehen, lehnen wir ab. Auch bei der EU-Kommission treten wir
dafür
ein, dass keine Akteure, wie zum Beispiel die libysche Küstenwache, finanziert werden,
um
eine völker- oder menschenrechtswidrigen Abschottungspolitik durchzusetzen.
Hafenblockaden und tagelange Wartezeiten auf die Zuweisung eines sicheren Hafens
nach der
Rettung von Menschen aus Seenot sind mit unseren und den europäischen Werten
unvereinbar.
Die Drangsalierung von Schutzsuchenden und Seenotrettungsorganisationen muss
beendet werden.
Das könnte beispielsweise durch ein Pilotprogramm gelingen, bei dem innerhalb des
Kontingents des Solidaritätsmechanismus Personen in dem Umfang aufgenommen
werden, wie sie
von Schiffen mit deutscher Flagge gerettet werden. So würden Mittelmeerstaaten wie
Malta
keinen Grund mehr für Blockaden haben und wir würden unserer besonderen

Verantwortung für

25 die Seenotrettung gerecht werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den
26 Seenotrettungsleitstellen in Malta und Italien könnte sich dadurch erheblich
verbessern,
27 denn momentan werden die Organisationen nicht über Seenotrettungsfälle informiert
und Anrufe
28 ignoriert.

29
30 Um die Aufnahmebereitschaft in Deutschland zu stützen und fördern, sollten
Kommunen und
31 Bundesländer, die über ihre Verpflichtungen hinaus Menschen aufnehmen wollen, bei
32 Aufnahmeprogrammen berücksichtigt werden. Auch eigene Initiativen zur Aufnahme
wollen wir
33 ermöglichen und nicht behindern.